

NZZ am Sonntag

Schweiz-USA

Joe Biden vergrault gerade eine Kundin

US-Präsident Joe Biden hat diese Woche die Schweiz als Steuerschlupfloch gebrandmarkt. Biden bediente ein altes Klischee und hat offenbar einiges verpasst. Erstens, dass die Schweiz ihr Steuerrecht internationalen Standards angepasst hat, auch auf Druck Washingtons. Und zweitens, dass die Schweiz in den USA gerade als Kundin für einen Milliardenauftrag im Gespräch ist, beim Kauf neuer Kampffjets. Obwohl beim Bund bisher die technische Evaluation der Fliieger im Vordergrund stand, ist die Erneuerung der Luftwaffe auch ein politischer Deal. Der Bund darf von den beteiligten Staaten im Falle eines Zuschlags durchaus Zugeständnisse in politischen Dossiers erwarten; allenfalls muss er solche offensiv einfordern. Frankreich, das die Rafale liefern möchte, scheint das begriffen zu haben, wie der Besuch seines Wirtschaftsministers in Bern jüngst zeigte. Auch aus Deutschland, das mit dem Eurofighter am Start ist, wurden schon politische Angebote ventiliert, etwa zum Anflugregime auf den Flughafen Zürich. Auffallend ist zudem, wie vehement sich Berlin gerade für die Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon stark macht. Im Weissen Haus hingegen hat man den politischen Link des Jet-Kaufs wohl übersehen: So wie diese Woche Joe Biden mit der Schweiz geht man mit einer möglichen Kundin nicht um. *Stefan Bühler*

Russland

Die Osteuropäer wagen das Kräftemessen mit Putin

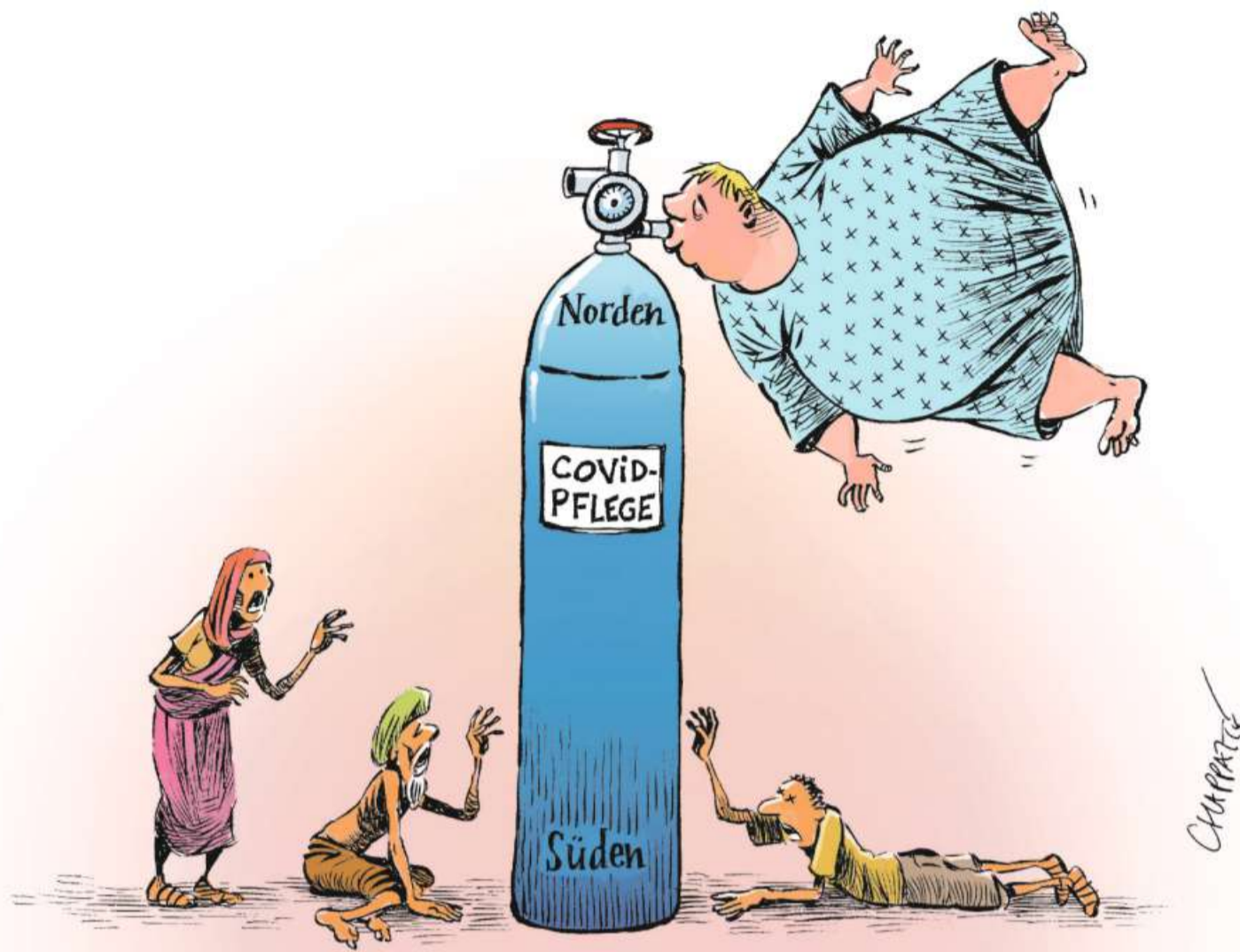
Auf Sanktionen der Europäer folgen Gegensanktionen der Russen, und mit jedem diplomatischen Schlagabtausch sinken die Beziehungen nun nahezu täglich auf ein neues Tief. Beispiellos seit dem Ende der Sowjetunion vor bald dreissig Jahren ist die Einreiseperrre, die Moskau jetzt gegen führende Vertreter der EU verhängt hat, allen voran gegen den Präsidenten des Europaparlaments und gegen die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz. Dies ist die Antwort auf Sanktionen gegen vier russische Offizielle, mit denen die EU gegen die Behandlung des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny protestierte. Nur ein «Statement», wie der deutsche Aussenminister zugab. Das wirkliche Kräftemessen mit Wladimir Putins Russland liefern sich die Osteuropäer. Auf sie muss man schauen. Von den baltischen Republiken bis nach Bulgarien haben nun alle osteuropäischen Staaten - mit Ausnahme Ungarns - russische Diplomaten ausgewiesen. Dies ist ein Akt der Solidarität mit Tschechien, das den russischen Geheimdienst für die Explosion in einem Munitionsdepot 2014 verantwortlich macht. Es sind die Osteuropäer, die eine rote Linie für die Umtriebe des Kreml ziehen und dafür mehr Vergeltung riskieren als der Westen. *Markus Bernath*

Moritz Leuenberger

Legitime Lügen

In einem Interview über das Lügen in der Politik sagte ein Politiker die Wahrheit - und sorgte damit weitherum für Unmut. Alt Bundesrat Moritz Leuenberger erzählte der «NZZ am Sonntag», die Schweiz habe in seiner Amtszeit Lösegelder bezahlt, um Geiseln zu befreien. Der Aufschrei war gross, Amtsheimnisverletzung lautete der Vorwurf. Jetzt hat der Bundesrat eine Strafunter-suchung verhindert, weil sie «nicht mit den Interessen des Landes vereinbar» sei. Was heisst: Leuenberger plauderte zwar ein Geheimnis aus und sagte dabei die Wahrheit. Aber die Bundesanwaltschaft soll das nicht abklären, denn sie könnte es ja beweisen. Womit der Bundesrat für sich beansprucht, was Leuenberger wirklich sagen wollte: Notlügen sind legitim. *Peter Hossli*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Medienministerin Sommaruga steuert auf ein Debakel zu

Die Abschaltung der Schweizer UKW-Sender gefährdet das Medium Radio, sie belastet die Haushalte und produziert Elektroschrott. Der Fehlentscheid muss korrigiert werden, **findet Roger Schawinski**

Das mit offenen Augen provozierte Malheur lässt sich in einer einzigen Zahl darstellen: 58. Laut einer aktuellen Studie der Arbeitsgruppe Digitale Migration, wie die vom Bund finanzierte Propaganda-Truppe für DAB+ heisst, haben 58 Prozent aller Fahrzeuge in der Schweiz nur UKW-Radios eingebaut. Bald werden also mehr als die Hälfte aller Autofahrer keine Schweizer Sender mehr empfangen können. Denn die SRG wird bereits im August des nächsten Jahres gleichzeitig bei all ihren UKW-Sendern den Stecker ziehen. Wenige Monate später folgen die privaten Stationen. Dies ist der festgezurrte Plan von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Er wird das grösste Debakel der jüngeren Medien-geschichte auslösen. Denn damit werden mit einem Schlag viele Millionen von gut funktionierenden Radioempfängern zu Elektroschrott und unzählige Radiohörer heimatlos.

Trotz unsäglich teuren, jahrelangen Werbekampagnen hat sich die schon bald wieder veraltete Zwischentechnologie DAB+ nicht so etabliert, wie es ihre Promotoren erhofft hatten. So ist die Tonqualität eher schlechter als bei UKW. Die Ausgangslage ist also völlig anders als damals bei der Einführung von UKW - und dem Wechsel weg von der kratzigen Mittelwelle.

Besonders kritisch ist die Lage bei den Autos, also ausgerechnet an dem Ort, wo Radio das einzig verfügbare Medium ist. Erst seit einigen Jahren wird bei neuen Fahrzeugen DAB+ routinemässig eingebaut. Seriöses Nachrüsten ist zwar möglich, aber enorm kostspielig. Unter 1000 Franken kriegt man es schlicht nicht hin.

«DAB ist die Technik der Zukunft», lautet seit vielen Jahren das Mantra der SRG und des Bundesamts für Kommunikation (Bakom). Doch in der Gegenwart ist sie nie richtig angekommen. Den grotesken Fehlentscheid will man nun im Nachhinein kaschieren und doppelt deshalb mit einem zweiten, noch viel fataleren nach: mit der brutalen Zwangsabschaltung von UKW - und

dies im einzigen Land in Mitteleuropa. Keines unserer Nachbarländer denkt auch nur im Traum daran, in den nächsten zehn Jahren diesen Schritt zu machen. Nur ein Land am Rande des Kontinents hat es versucht: Norwegen im Jahr 2017. Die dortigen Erfahrungen sind jedoch ernüchternd. Der Radiokonsum sackte innert Kürze zusammen und hat sich erst langsam erholt. Auf den leeren Frequenzen tummelten sich Piratensender, und der Konsum von Stationen aus Schweden und Dänemark nahm trotz Sprachbarrieren massiv zu. Als man diese Fehler erkannt hatte, liess man regionale UKW-Sender wieder zu, um so die heftigsten Nachteile abzufedern.

In der Schweiz - also im Herzen von Europa - wird alles viel schlimmer werden. Das einzige Argument der Abschalt-Fetischisten: Geldsparen. Da die UKW-Sender aber wohl allesamt abgeschrieben sein dürften und noch eine Lebenszeit von einigen Jahren aufweisen, dürften die realen

Kosten für Miete und Strom überschaubar sein. Zudem könnte die SRG - wenn sie denn unbedingt Kosten einsparen will - einen Grossteil ihrer unzähligen UKW-Füllsender einmotten und sich auf die Hauptsender beschränken, in der Deutschschweiz also auf Üetliberg, Rigi, Säntis, Bantiger, Chrischona und einige kleinere Sender im Bündnerland. Dann würde die Versorgung der Bevölkerung mit UKW von heute 98 Prozent auf vielleicht 90 Prozent sinken. Dies wäre jedoch noch immer um Welten besser als die geplanten 0 Prozent - und all dies zum halben Preis.

Aber davon will man nichts wissen. Man spart etwas Geld und überwälzt viel höhere Kosten auf die eigene Klientel. Dies ist das Gegenteil von Kundennähe. Zudem beschädigt man das Medium Radio in massivster Weise. Hunderttausende müssen Empfänger für DAB+ kaufen, wenn sie nicht auf ausländische Stationen wechseln wollen. Diese Sender werden übrigens zu den Profiteuren der heimischen Hauruck-Aktion. Denn wenn die Schweizer Frequenzbänder einmal frei sind, werden sich die Empfangsbedingungen für ausländische Stationen sprunghaft verbessern. Ob das medienpolitisch erwünscht ist, muss nicht geklärt werden. Die Antwort ist evident.

Vor Jahren hat der am besten ausgewiesene unabhängige technische Radioexperte des Landes, Markus Ruoss, eine eingehende Analyse zu diesem Thema verfasst. Sein Urteil über die DAB-Strategie war verheerend. Veröffentlicht hat er sie unter dem Titel «Wie prügelt man ein totes Pferd durchs Ziel». Nachdem alles Gut-Zureden nichts gefruchtet hat, versuchen es das Bakom und die SRG nun trotzdem mit der Brechstange - und ohne Rücksicht auf Verluste. Wenn die Verantwortlichen dieses Unfugs von der Bevölkerung und der Politik nicht in allerletzter Minute gestoppt werden, entstehen für unser Land irreversible Schäden, gewaltige Kosten und grössere gesellschaftliche Verwerfungen. Die Zeche zahlen wir dann alle gemeinsam.

Roger Schawinski



Roger Schawinski, 75, ist Journalist, Unternehmer und Gründer zahlreicher Schweizer Sender und Medientitel. Sein Radio 24, das mit einem UKW-Sender von Italien in den Grossraum Zürich sendete, revolutionierte ab 1979 die Schweizer Radiolandschaft. Schawinski hat eine Online-Petition (www.rettetukw.ch) gestartet.